

André Steiner

Die "Revisionismus"-Debatte um die DDR-Wirtschaftswissenschaftler Fritz Behrens und Arne Benary

Im Gefolge des XX. Parteitages der KPdSU kam es im Bereich der Sozialwissenschaften in der DDR und in den anderen Ländern des Ostblocks zu einer ungewöhnlich offenen Debatte über die wirtschaftlichen, sozialen und politischen Probleme des Sozialismus und die Möglichkeiten zu ihrer Überwindung. In Ungarn entwickelte sich im Verlauf des Jahres 1956 der Petöfi-Klub zum wichtigsten öffentlichen Forum einer kritischen Sicht auf die Krisenerscheinungen des stalinistischen Systems. Trotz der Versuche Ulbrichts und der SED-Führung, die Debatte über den Stalinismus möglichst schnell zu kanalisieren, gab es auch in der DDR Ansätze zu einer kritischen Diskussion, die bezogen auf Fragen der Wirtschaft in erster Linie durch Fritz Behrens und Arne Benary angestoßen wurde. Der Aufstand im polnischen Posen und die Niederschlagung der ungarischen Revolution waren aber für die SED-Spitze Anlaß solche Diskussionen rigoros zu unterdrücken. „Die ganze Theorie des Genossen Benary zeigt, daß er mit der marxistischen Theorie auf Kriegsfuß steht“, schimpfte SED-Chef Walter Ulbricht auf der 30. ZK-Tagung Ende Januar, Anfang Februar 1957 in seinem Referat, um dann „den Ursprung der vom Genossen Benary vertretenen revisionistischen Auffassung (...) in Erklärungen jugoslawischer Genossen“ zu verorten. Auch seine Bewertung war deutlich: „Das Unkraut des Revisionismus ist (...) weder eine Blume noch schön, noch eine nützliche Pflanze“¹ Nun galt Revisionismus in der kommunistischen Bewegung von jeher als Versuch, die kommunistische Ideologie zu untergraben. Als Kampfbegriff wurde er zu einem wichtigen Instrument der politischen Auseinandersetzungen in den kommunistischen Parteien genutzt mit oft weit reichenden Folgen für die als „Revisionisten“ Gebrandmarkten. Daher war das Verdikt Ulbrichts auch nur der Beginn einer öffentlichen Kampagne, die sich gegen den Wirtschaftswissenschaftler Fritz Behrens und dessen Schüler Arne Benary, aber auch gegen Gunther Kohlmei und Kurt Vieweg richtete. Sie - vor allem Behrens und Benary, die seitdem in einem Atemzug genannt, zum Symbol des wirtschaftstheoretischen „Revisionismus“ wurden - mußten mehrfach demütigende Selbstbezeichnungen abgeben. Benary erklärte gegenüber dem SED-Politbüro im Dezember 1959, nachdem er bereits nicht

1 Zitiert nach: Walter Ulbricht, Zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung. Aus Reden und Aufsätzen, Bd. VI, Berlin (O) 1962, S. 306f., 309.

mehr wissenschaftlich tätig sein durfte, daß seine „Auffassungen zur ideologischen Plattform für konterrevolutionäre Kräfte und Bestrebungen (hätten) werden und die Existenz der DDR gefährden können. (...) Nachdem ich mit Hilfe der Genossen die revisionistischen Auffassungen überwunden habe, will ich gemeinsam mit ihnen den Sozialismus in unserer Republik vollenden helfen.“² Doch zum Zeitpunkt des von Ulbricht ausgesprochenen Banns mussten sich viele fragen, wer eigentlich Behrens und Benary waren und was sie und die anderen Beschuldigten für die SED so gefährlich machte?

Behrens wirkte seit 1946 an der Leipziger Universität und war ein äußerst beliebter Hochschullehrer, der bei den Studenten selbständiges Denken anregte und für die marxistische politische Ökonomie warb. Die Orthodoxie des Marxismus-Leninismus stalinscher Prägung war ihm eher fremd, er rezipierte auch verfemte Theoretiker wie Nikolai Bucharin und vermittelte kritisch die Grundzüge nichtmarxistischer Wirtschaftstheorien. Er scheute sich dabei nicht, neue Probleme und „heiße Eisen“ anzusprechen.³ Seine Klarheit und Konsequenz im theoretischen Denken auf der Basis der Marxschen politischen Ökonomie ebenso wie seine Offenheit für Neues vermittelte Behrens auch seinem Schüler Benary und dies war wohl eine der entscheidenden Voraussetzung für das Entstehen der später inkriminierten Arbeiten.

Ein weitere Grundlage bildeten die internen Informationen über den realen Zustand der DDR-Wirtschaft, die beide Wirtschaftswissenschaftler gewannen, nachdem Behrens 1954 als Leiter der Abteilung „Wirtschaft der DDR“ am neu gegründeten Institut für Wirtschaftswissenschaften der Deutschen Akademie der Wissenschaften nach Berlin berufen und 1955 außerdem zum Leiter der Staatlichen Zentralverwaltung für Statistik, der zentralen Statistikbehörde der DDR, ernannt wurde. Benary folgte ihm an das Akademieinstitut nach Berlin. Neben den ihnen jetzt zugänglichen internen statistischen Materialien machte ihnen Bruno Leuschner, der DDR-Planungschef, jugoslawisches Material zur Theorie und Praxis der dortigen, in der DDR jedoch verfemten Selbstverwaltung zugänglich.⁴ Das alles wie auch Anregungen aus der Sowjetunion und Polen floß in eine von Behrens und Benary verfaßte Broschüre „Zur ökonomischen Theorie und ökonomischen Politik in der Übergangsperiode“

2 Als Dokument in Auszügen abgedruckt in: Matthias Judt (Hg.), DDR-Geschichte in Dokumenten. Beschlüsse, Berichte, interne Materialien und Alltagszeugnisse, Berlin 1997, S. 132f.

3 Helmut Steiner, Notizen zu einer „Gesellschaftsbiographie“ des Fritz Behrens (1909-1980), in: Eva Müller/Manfred Neuhaus/Joachim Tesch, Joachim (Hg.), „Ich habe einige Dogmen angetastet ...“. Werk und Wirken von Fritz Behrens, Rosa-Luxemburg-Stiftung Sachsen, Leipzig 1999, S. 13-32, hier 21f.; Gerhard Müller, Fritz Behrens als Hochschullehrer in Leipzig (1946-1957), in: ebenda, S. 33-36.

mit ein, die im Juli 1956 als Manuskript vorlag. In zwei eigenständigen Beiträgen äußerten sie sich darin zu Grundfragen des Verhältnisses von Politik und Wirtschaft, zur Stellung und Rolle des Wertgesetzes sowie zum Verhältnis von Spontaneität und Bewußtheit. Sie skizzierten die ökonomischen Schwierigkeiten in der DDR, die sich u.a. in einer diskontinuierlichen Produktion, in Hortungserscheinungen, nichtabsetzbaren Erzeugnissen und einem Kaufkraftüberhang zeigten. Letztere führten sie auf eine Wirtschaftslenkung zurück, die sie als überzentralistisch, reglementierend, administrierend und bürokratisch charakterisierten. Dem setzten sie ein theoretisches Konzept planmäßiger Wirtschaftsführung mit ökonomischen Mitteln auf der Basis tatsächlicher Vergesellschaftung – von ihnen als wirtschaftliche Selbstverwaltung begriffen – entgegen. Danach sollten die zentralen Leitungsinstanzen nicht mehr jede Einzelheit im Auge haben, sondern nur die Rahmenbedingungen setzen, um das Handeln der Betriebe als auch der Beschäftigten in die von der Zentrale gewünschte Richtung zu führen. Ein Minimum zentraler Anweisungen und ein Maximum an Initiative und Selbständigkeit „von unten“ sollte mit der bewußten Ausnutzung des Wertgesetzes, also bestimmten Marktkategorien, erreicht werden. Das erfordere wirtschaftliche Handlungsspielräume für die Betriebe und ein funktionsfähiges Zentralbanksystem. Für eine reale Planung müssten die Betriebe auf den sich wandelnden Bedarf reagieren können. Um Angebot und Nachfrage auszubalancieren zu können, sei es erforderlich, die Preise innerhalb einer bestimmten Bandbreite beweglich zu gestalten. Das auf diese Weise aktivierte wirtschaftliche Eigeninteresse der Betrieben galt ihnen als Hauptanreiz für eine *sozialistische* Entwicklung.⁵ Mit diesem Entwurf stellten die beiden weder den Sozialismus als System in Frage noch hatten sie den Boden herrschender Theorievorstellungen verlassen, sondern nur die Konsequenzen dieser Theorie klar ausgesprochen. Manches blieb dabei offen, anderes widersprüchlich. Bei alledem gingen aber Behrens und Benary davon aus, daß die sozialistische Wirtschaft der kapitalistischen prinzipiell überlegen sei und es darauf ankomme, diese Überlegenheit zur Geltung zu bringen. Es ging ihnen keineswegs, wie von der SED-Spitze unterstellt, um die Beseitigung der DDR oder des Sozialismus, sondern um dessen höhere Effizienz. Jedoch traf ihr aus der Marxschen Lehre abgeleitetes Argument, dass die tatsächliche Vergesellschaftung mit dem „Absterben des Staates“ einhergehe, angesichts von Parteiherrschaft und staatlicher Überzentralisation in

4 Jänicke, S. 104f., 242.

5 Fritz Behrens, Zum Problem der Ausnutzung ökonomischer Gesetze in der Übergangsperiode, in: Wirtschaftswissenschaft 5 (1957), 3.Sonderheft, S.105-140; Benary, Arne: Zu Grundproblemen der politischen Ökonomie des Sozialismus in der Übergangsperiode, in: Ebenda, S.62-94.

der Wirtschaft offenbar ins Schwarze.

Diese Überlegungen waren durch die Atmosphäre gesellschaftlicher Öffnung und Kampf gegen den Dogmatismus nach dem XX. Parteitag der KPdSU im Februar 1956 und der 3.SED-Parteikonferenz im März 1956 angestoßen worden. Ulbricht selbst hatte in Kenntnis der bestehenden wirtschaftlichen Probleme gefordert, den Lenkungsmechanismus zu verbessern.⁶ Auch die Wirtschaftswissenschaftler waren aufgerufen worden, sich mit der Funktionsweise der Planwirtschaft zu beschäftigen und nach Möglichkeiten zu suchen, deren Effizienz zu steigern.⁷ So erschienen in dieser Zeit einige Artikel von anderen DDR-, aber auch polnischen und sowjetischen Autoren, die bereits in eine ähnliche Richtung wie die Ausarbeitung von Behrens und Benary zielten. Ihre Ideen entsprachen der gleichzeitig von der SED vorgegebenen Rhetorik über die Entfaltung der Demokratie und die stärkere Einbeziehung der Beschäftigten in die Planungsprozesse. Aber bereits im Oktober 1956 stellte Behrens enttäuscht fest, daß von der Diskussion über die Planung „grundsätzlichere Änderungen erwartet wurden als bisher vorgeschlagen worden sind“.⁸ Die SED-Führung mit Ulbricht an der Spitze war vom politischen „Tauwetter“ ohnehin nicht restlos überzeugt und sah sich angesichts der Entwicklung in Polen und Ungarn in ihren Befürchtungen bestätigt. Man war beunruhigt, da sich auch unter der DDR-Intelligenz nach dem XX. Parteitag Zweifel an der Richtigkeit des Marxismus-Leninismus mehrten.⁹ Unter diesen Umständen wurden die vom Verlag an die SED-Spitze herangetragenen Zweifel, ob die fertig gedruckte Broschüre von Behrens und Benary tatsächlich ausgeliefert werden sollte, aufgegriffen. Die darin enthaltenen Ideen verstand Ulbricht als ein Element der Unterminierung des Sozialismus und der „politischen Unklarheiten bei der Intelligenz“, wobei er Behrens und Benary im Zusammenhang mit der Harich-Gruppe sah, wohl wissend daß es über Bernhard Steinberger tatsächlich eine Verbindung gab.¹⁰

In mehreren Beratungen beschloß die SED-Spitze im Dezember 1956 und Januar 1957 die

-
- 6 Der zweite Fünfjahrplan und der Aufbau des Sozialismus in der Deutschen Demokratischen Republik. Aus dem Referat auf der 3.Parteikonferenz der SED, in: Ulbricht, Zur Geschichte, Bd. V, S.712ff.
 - 7 Die nächsten ideologischen Aufgaben der Partei. Beschluß des ZK vom 29.7.56, in: Dokumente der SED. Beschlüsse und Erklärungen des ZK sowie seines Politbüros und seines Sekretariats, Bd. VI, Berlin (Ost) 1958, S.123f.
 - 8 Behrens an Wittkowski, 5.10.56: Verwirklichung des Beschlusses der SPK über die Durchführung von Untersuchungen zur Verbesserung ..., BAP DE1/12901, Bl.92f.
 - 9 Büro Hager, Information über die ideologischen Unklarheiten in der Partei und bei der Bevölkerung, (1956), SAPMO-BA, SED, **Fehler! Textmarke nicht definiert.**NL 62/107, Bl.1.
 - 10 Vgl. handschriftliche Notizen, in: SAPMO-BA NY 4182/94.

Broschüre nicht erscheinen zu lassen, „da in ihr falsche Theorien vertreten werden“, die „im gegenwärtigen Zeitpunkt die starke Gefahr in sich bergen, den Leser politisch zu desorientieren und demobilisierend auf die notwendigen Maßnahmen zur Festigung unserer Staatsmacht wirken können“. Gleichzeitig wurde verfügt, ein Sonderheft der Zeitschrift „Wirtschaftswissenschaft“ zu veröffentlichen, dass sich kritisch mit den Ideen der beiden auseinandersetzen sollte.¹¹ Für dieses Heft sollten Behrens und Benary die in der Broschüre vorgelegten Überlegungen zusammenfassen. Diesem Auftrag widersetzten sie sich zunächst, weil sie – wie sich dann zeigte zu Recht – fürchteten, damit als „Revisionisten“ vorgeführt zu werden und es nicht um einen wissenschaftlichen Meinungsstreit gehen sollte.¹² Bevor aber dieses Heft im Frühjahr 1957 mit Aufsätzen der beiden und mehreren darauf reagierenden kritischen und teilweise diffamierenden Beiträgen erschien und damit die Ideen von Behrens und Benary überhaupt öffentlich bekannt wurden, erhob Ulbricht auf der 30. Tagung des ZK der SED Anfang 1957 seine Anklage gegen Behrens und Benary. Der dort ausgesprochene Vorwurf „Revisionismus“ richtete sich direkt und indirekt gegen alle Versuche, reformsozialistische Ideen außerhalb der SED-Linie zu verfolgen. Die von der SED-Spitze inszenierte „Revisionismus-Debatte“ fand erst nach drei Jahren, in denen die Beschuldigten mehrmals zur Selbstkritik gezwungen wurden, Anfang der sechziger Jahre ihr Ende.¹³ Vorher war Behrens bereits von seinen Regierungsfunktionen abgelöst und Benary 1958 „in die Produktion“ versetzt worden.

Behrens und Benary hatten Alternativen zur bürokratisch-administrativen Wirtschaftslenkung des „klassischen“ Staatssozialismus aufgezeigt, freilich ohne dessen ordnungspolitischen Grundlagen in Frage zu stellen. Ihre Vorstellung von der tatsächlichen Vergesellschaftung der Wirtschaft war zwar – systemimmanent betrachtet – konsequent, stellte aber letztlich das Herrschaftsmonopol der Parteispitze in Frage. Daraus folgte das politische Verdikt. Mit der „Revisionismus“-Kampagne schrieb die SED-Spitze schließlich fest, dass sie keine sozialwissenschaftliche Kritik von Parteibeschlüssen dulden werde und in ihr eine Gefährdung für die Existenz der DDR und des Sozialismus sah. Dieses Tabu war zwar bereits in den frühen fünfziger Jahren errichtet worden, aber erst 1957 wurde es nach der kurzen Tauwetterperiode auf höchster Instanz festgelegt, zur Abschreckung ex cathedra verkündet und mit entspre-

11 Steiner, Das Akademie-Institut für Wirtschaftswissenschaften im Widerstreit wissenschaftlicher, ideologischer und politischer Auseinandersetzungen, in: Sitzungsberichte der Leibniz-Sozietät 36, 2000, S. 89-124, hier 98f.

12 Vgl. ZPA IV2/904/209 .

chenden Sanktionen verknüpft. Potentiellen Nachahmern wurden diese Disziplinierungsinstrumente von der SED regelmäßig vorgeführt. Widerspruch und Kritik an der Realität des Staatssozialismus konnten in den DDR-Sozialwissenschaften nur noch in einem sehr engen Rahmen und intern erfolgen.

Weiterführende Literatur:

Behrens, Fritz: Zum Problem der Ausnutzung ökonomischer Gesetze in der Übergangsperiode, in: *Wirtschaftswissenschaft* 5, 1957, 3.Sonderheft, S. 105-140

Behrens, Fritz: *Abschied von der sozialen Utopie*, Berlin 1992

Benary, Arne: Zu Grundproblemen der politischen Ökonomie des Sozialismus in der Übergangsperiode, in: *Wirtschaftswissenschaft* 5, 1957, 3.Sonderheft, S. 62-94.

Becker, Susanne/Dierking, Heiko: *Die Herausbildung der Wirtschaftswissenschaften in der Frühphase der DDR*, Köln 1989, S. 407-473

Caldwell, Peter C.: Productivity, Value, and Plan: Fritz Behrens and the Economics of Revisionism in the German Democratic Republic, in: *History of Political Economy* 32, 2000, S. 103-137

Caldwell, Peter C.: *Dictatorship, State Planning and Social Theory in the German Democratic Republic*, Cambridge 2003

Jänicke, Martin: *Der Dritte Weg. Die antistalinistische Opposition gegen Ulbricht seit 1953*, Köln 1964, S. 104-112

Krause, Günter: *Wirtschaftstheorie in der DDR*, Marburg 1998, S. 121-136

Müller, Eva/Neuhaus, Manfred/Tesch, Joachim (Hg.): „Ich habe einige Dogmen angetastet ...“. *Werk und Wirken von Fritz Behrens*, Rosa-Luxemburg-Stiftung Sachsen, Leipzig 1999

Steiner, Helmut: Das Akademie-Institut für Wirtschaftswissenschaften im Widerstreit wissenschaftlicher, ideologischer und politischer Auseinandersetzungen, in: *Sitzungsberichte der Leibniz-Sozietät* 36, 2000, S. 89-124

Zitierempfehlung:

André Steiner, Die „Revisionismus“-Debatte um die DDR-Wirtschaftswissenschaftler Fritz Behrens und Arne Bernary, in: *Zeitgeschichte-online*, Themenportal Ungarn 1956 – Geschichte und Erinnerung, URL: <http://www.zeitgeschichte-online.de/zol/portals_ungarn1956/documents/steiner_behrensberinary.pdf>